

Diskussion



Birmensdorferstr. 67, 2. OG
Postfach/C.P. 9177, 8036 Zürich
info@denknetz.ch
www.denknetz.ch
IBAN CH85 0900 0000 8745 0463 8

Vollgeld-Initiative (VGI): das nächste Geld oder Krise ?

Juni 2017

Werner Kallenberger, Mitglied des Vorstandes der Vollgeld-Initiative

Die Fachgruppe Politische Ökonomie des Denknetzes, in der ich mitarbeite, hat sich vertieft mit den Argumenten Pro und Contra der überparteilich von Fachleuten erarbeiteten VGI (www.vollgeld-initiative.ch) befasst. Politische Vorstösse, die von mindestens 100'000 gültigen Unterschriften unterstützt werden, sind ernsthaft zu prüfen betreffend Initianten, Motiven, Inhalten, Argumenten, Werbung und Zielsetzungen. Für die Abstimmung mit entscheidend sind dabei immer auch die jeweilige politökonomische Situation sowie die Organisationen, welche sich für oder gegen eine geplante Verfassungsänderung einsetzen. Das überparteiliche Denknetz publiziert prinzipiell keine Abstimmungsempfehlung. Die Mehrheit der Fachgruppe bewertet die VGI aber als positiven Beitrag zur Förderung des Service Public und einer nötigen Geld-Reform.

Die Initiative im Wortlaut

Eidgenössische Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 99 Geld- und Finanzmarktordnung

¹ *Der Bund gewährleistet die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Finanzdienstleistungen. Er kann dabei vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit abweichen.*

² *Der Bund allein schafft Münzen, Banknoten und Buchgeld als gesetzliche Zahlungsmittel.*

³ *Die Schaffung und Verwendung anderer Zahlungsmittel sind zulässig, soweit dies mit dem gesetzlichen Auftrag der Schweizerischen Nationalbank vereinbar ist.*

⁴ *Das Gesetz ordnet den Finanzmarkt im Gesamtinteresse des Landes. Es regelt insbesondere:*

- a. die Treuhandpflichten der Finanzdienstleister;*
- b. die Aufsicht über die Geschäftsbedingungen der Finanzdienstleister;*
- c. die Bewilligung und die Beaufsichtigung von Finanzprodukten;*
- d. die Anforderungen an die Eigenmittel;*
- e. die Begrenzung des Eigenhandels.*

⁵ *Die Finanzdienstleister führen Zahlungsverkehrskonten der Kundinnen und Kunden ausserhalb ihrer Bilanz. Diese Konten fallen nicht in die Konkursmasse.*

Art. 99a Schweizerische Nationalbank

¹ *Die Schweizerische Nationalbank führt als unabhängige Zentralbank eine Geld- und Währungspolitik, die dem Gesamtinteresse des Landes dient; sie steuert die Geldmenge und gewährleistet das Funktionieren des Zahlungsverkehrs sowie die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten durch die Finanzdienstleister.*

² Sie kann Mindesthaltefristen für Finanzanlagen setzen.

³ Sie bringt im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages neu geschaffenes Geld schuldfrei in Umlauf, und zwar über den Bund oder über die Kantone oder, indem sie es direkt den Bürgerinnen und Bürgern zuteilt. Sie kann den Banken befristete Darlehen gewähren.

⁴ Sie bildet aus ihren Erträgen ausreichende Währungsreserven; ein Teil dieser Reserven wird in Gold gehalten.

⁵ Der Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank geht zu mindestens zwei Dritteln an die Kantone.

⁶ Die Schweizerische Nationalbank ist in der Erfüllung ihrer Aufgaben nur dem Gesetz verpflichtet.

Art. 197 Ziff. 12

12. Übergangsbestimmungen zu den Art. 99 (Geld- und Finanzmarktordnung) und 99a (Schweizerische Nationalbank)

¹ Die Ausführungsbestimmungen sehen vor, dass am Stichtag ihres Inkrafttretens alles Buchgeld auf Zahlungsverkehrskonten zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel wird. Damit werden entsprechende Verbindlichkeiten der Finanzdienstleister gegenüber der Schweizerischen Nationalbank begründet. Diese sorgt dafür, dass die Verbindlichkeiten aus der Buchgeld-Umstellung innerhalb einer zumutbaren Übergangsphase getilgt werden. Bestehende Kreditverträge bleiben unberührt.

² Insbesondere in der Übergangsphase sorgt die Schweizerische Nationalbank dafür, dass weder Geldknappheit noch Geldschwemme entsteht. Während dieser Zeit kann sie den Finanzdienstleistern erleichterten Zugang zu Darlehen gewähren.

³ Tritt die entsprechende Bundesgesetzgebung nicht innerhalb von zwei Jahren nach Annahme der Artikel 99 und 99a in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen innerhalb eines Jahres auf dem Verordnungsweg.

Wer hat die Vollgeld-Initiative (VGI) erarbeitet bzw. unterstützt?

Es sind dies politisch engagierte Personen und Fachleute, darunter auch Personen aus den Parteien Alternative Liste, SP, Grüne, Liberalsoziale, CVP, FDP, sowie Freidenker. Es gibt einen kompetenten, parteiunabhängigen wissenschaftlichen Beirat, dem 21 Personen angehören

Welches sind die ablehnenden Organisationen?

Von den Schweizer Parteien liegen vorläufig keine Parolen vor; wobei anzunehmen ist, dass die bürgerlichen Parteien die VGI ablehnen werden. Wirtschafts- und Bankenverbände sowie die Schweizerische Nationalbank SNB und der Bundesrat lehnten die Initiative bereits klar ab. NZZ-Wirtschaftsredaktor Schöchli publizierte am 2. März im bürgerlichen Leitmedium seine kritisch-ablehnende Übersicht zum aktuellen Mainstream. Die Mehrheit der partei- und medienpolitischen Meinungsmacher wird sich wohl weiter gegen die geplante Vollgeldreform aussprechen und die Kapitalvertreter dürften einmal mehr mit einer Millionen-Nein-Kampagne den Abstimmungskampf beherrschen. Die Stände- und Nationalräte werden ab Herbst 2017 die VGI ebenfalls zur Ablehnung empfehlen, so dass die Abstimmung im kommenden Jahr nur mit Unterstützung breiter Kreise aus der Zivilgesellschaft und kritischer Medien zur notwendigen Aufklärung führen kann.

Was sind die Argumente der Gegner?

Die **VGI** wird in der Herbstsession im Ständerat und in der Wintersession im Nationalrat beraten und wahrscheinlich ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung für die Volksabstimmung empfohlen werden.

Bundesrat und Nationalbank-Direktion haben diese Parolen bereits beschlossen.

Ihre **Contra-Argumente**: 1. Es brauche die VGI nicht, da die SNB schon alles im Griff habe. 2. Die VGI sei zu radikal und nirgends erprobt. 3. Die VGI schreibe der SNB willkürlich eine konkrete Geldpolitik vor, was ihre Unabhängigkeit gefährde. 4. Die VGI sei zu risikoreich und auch nicht in der Übergangszeit von nur zwei Jahren einzuführen. 5. Die Banken könnten keine neuen Kredite mehr vergeben, was die ganze Volkswirtschaft gefährde. 6. Die Schweiz könne als Kleinstaat nicht das Versuchskaninchen spielen; da müsste eher Norwegen mit seinen reichen Öl-Einnahmen vorangehen.

Die Initianten haben versucht, alle diese unhaltbaren Argumente fundiert zu widerlegen. Interessierte können deren detaillierten Argumente unter www.vollgeld-initiative.ch/stellungnahmen überprüfen.

Was spricht zusammengefasst für die Vollgeld-Initiative?

1. Die globalen und nationalen Finanzverhältnisse sind seit Jahren in einer Krisensituation.
2. Die Zentral- und Nationalbanken versuchten erfolglos die Schuldsituationen mit ihrer exzessiven Geld- und Zinspolitik zu beheben.
3. Selbst bürgerliche Fachleute wie Daniel Wiener schrieben z.B. in der NZZ: *„Die Nachteile des kapitalistischen Systems sind unbestreitbar. Wer hat dem wird gegeben. ... Der dem Kapitalismus innewohnende Wachstumszwang frisst mehr Ressourcen als nachwachsen. Daraus resultieren Umweltkrisen und eine soziale Unrast.“*
4. Der viel gelobte ‚Freie Markt‘ ist eine Fiktion. So müssen z.B. die Wechselkurse des Frankens mit Milliarden Devisen-Interventionen der SNB gestützt werden.
5. Das Bargeld verliert immer mehr zu Lasten des Buch- bzw. Giralgeldes. Weltweit erfolgen heute rund 90% der Finanz-Transaktionen digital. Allein in der Schweiz betragen diese täglich über vier Billionen CHF! Darüber hat die SNB keine Kontrolle.
6. Die bisherige Geldpolitik genügt offensichtlich nicht, um all diese Probleme grundsätzlich zu lösen.

Was kann und will die Vollgeld-Initiative (VGI)?

Sie will u.a. - in weitgehender Übereinstimmung mit einer alternativen Finanzpolitik - eine sichere, gerechtere Geld-Verteilung zu Gunsten der Realwirtschaft; eine bessere Kontrolle des Finanz- und Börsensystems; sowie eine schuldenfreie Geldschöpfung zu Gunsten der Öffentlichkeit und Bürger, was eine jährliche Rückverteilung der leistungslosen Geldschöpfungsgewinne der Banken von (je nach Geldschöpfung) 3 – 10 Milliarden CHF ermöglichte. Die Kampagne für die VGI soll auch einer allgemeinen Aufklärung dienen, da die meisten Leute meinen, die Nationalbank hätte schon heute die volle Geldschöpfungs-Kompetenz. Gleichzeitig sollte und kann und muss die laufende Vollgeld-Diskussion dazu beitragen, auch das Nationalbankgesetz zu demokratisieren.

Was sind die Hauptmotive der Initianten?

Sie wollen das immer offensichtlichere internationale Unvermögen, bzw. den Widerstand der Entscheidungsträger, mit der heutigen Geld-, Finanz- und Börsenwelt für die Bevölkerung und Staaten nachhaltige, soziale und gerechte Gesellschaftsordnungen ohne zunehmende Verschuldungen zu ermöglichen, zur Diskussion stellen und dazu beitragen, diese Zustände zu überwinden. Zum Beleg dafür schaue man sich z.B. nur die Schlagzeilen in den Medien der letzten Monate oder Jahre an. Selbst das bürgerliche Leitmedium NZZ sieht heute einen ‚erheblichen Reformbedarf‘.

Zentral umstrittene Fragen und Antworten zur VGI

1. Entspricht die heutige Geld- und Währungsordnung) unseren *Verfassungszielen* wie insbesondere dem ‚*Gesamtinteresse des Landes*‘ (BV 99 Abs. 2)? Nein, sagen die Geldreformer. Laut Umfragen meinen über 80%, dass selbstverständlich auch das Buchgeld ihrer Girokonten ein gesetzliches Zahlungsmittel sei und viele sind überzeugt, dass man den Banken nicht mehr vertrauen könne.
2. Sind unsere *Bankkonti sicher*? Wenn die Banken-PR, bzw. Mainstream- Meinung stimmen würden, brauchten wir keine ‚Einlagensicherungen‘ von 100'000.- pro Konto und Person bzw. von nur total 6 Milliarden für die Schweiz.
3. *Gehören uns die Konti* auf unseren *Giralgeld-, bzw. Zahlungsverkehrs-Konti*? Nein, wir besitzen nur vertragliche Versprechen der Banken, dass wir unser Buchgeld jederzeit als Bargeld, d.h. als gesetzliche Währung beziehen könnten. Diese Konti stehen im Eigentum der Banken und werden von ihnen auch zur Kreditfinanzierung und eigenen Geldschöpfung verwendet.
4. Haben wir einen ‚*sichere Währung*‘? Nach der klassischen Gleichgewichtstheorie müsste die Summe der Geldmenge dem Wert der Güter- und Dienstleistungsströme in einem Land entsprechen. Dies in einem System, in dem alle Konsumenten und Produzenten rein rational und absolut informiert entscheiden würden. Die Börsen- und Währungssysteme sind aber systembedingt instabil.

So musste und muss der Schweizer Franken CHF immer wieder durch Kapitalverkehrskontrollen und/oder Wechselkursgarantien gestützt werden. In Krisenzeiten investiert die SNB täglich rund 1 Milliarde CHF in Devisentransaktionen zur Kursstützung.

5. Kann eine *Geldreform in einem Land durchgeführt werden*? Trotz der wirtschaftlichen Globalisierung sind die meisten Geld-Normen immer noch national. Wir besitzen immer noch eine starke und relativ unabhängige Währung. Wenn der Wille zu einer Geld-Reform wirklich vorhanden wäre, liesse sie sich auch durchsetzen und könnte so zum Vorbild anderer Länder und Währungssysteme werden. Banken und Konzerne werden aber auch hier Umgehungsmöglichkeiten suchen.

6. Gehören die *Geldschöpfungsgewinne der Öffentlichkeit*? Die VGI würde – bei einer konsequenten Umsetzung – Bund und Kantone sowie den (mindestens schon 3 Jahre) hier Steuern zahlenden Einwohnern jährlich Milliardengewinne beschere. Das wollen und werden die Banken- und ihre Interessenvertreter mit einer Millionen-Kampagne zu verhindern suchen. Richtig eingesetzt, kann die VGI so auch als ein Instrument der Rückverteilung eingesetzt werden. Allerdings auch als ein Instrument um Steuern zu sparen. Verteilungskämpfe sind hier vorauszusehen, werden aber von den Initianten nicht angesprochen.

7. Schaffen heute v.a. Zentralbanken wie die SNB neues Geld oder ist die Kreditschöpfung der Banken immer noch entscheidend für die globale Geldmenge? Das ist systemisch eine entscheidende und umstrittene Frage. Die bürgerlichen Medien und v.a. die NZZ titeln seit Monaten von der staatlichen Geldschwemme der Zentralbanken und linke Kritiker des Monetarismus blasen ins gleiche Horn. Vertieft man sich jedoch in die offiziellen Statistiken, übertreffen die Schulden der Kreditgeldmenge der Banken bisher jene der SNB um mehr als das Dreifache! (siehe SNB-Bericht vom Dez. 2016) *Im internationalen Bereich* sieht die Situation allerdings anders aus, aber darüber können wir nicht abstimmen.

Aktuelle politische Alternativen / Gegenvorschläge zur Vollgeld-Initiative?

Theoretisch könnte das Parlament folgende Reformen **ohne Verfassungsänderung** beschliessen:

a. Mit Änderungen der relevanten Nationalbank- und Währungs-Gesetze wäre es z.B. möglich und sinnvoll, die heutige SNB in eine öffentlich-rechtlich Anstalt zu einer Art *Monetative* mit demokratisch gewählten Organen zu wandeln. Das wäre auch ein Beitrag zur Demokratisierung der ‚Geld-Ordnung‘.

b. Man könnte allen Einwohnern das Recht zu einem Depositen- bzw. Giralgeld-Konto der SNB und daraus bei *PostFinance*, *öffentlichen Kantonalbanken mit Staatsgarantie* oder ev. auch bei traditionellen und/oder alternativen *Spar- und Genossenschaftsbanken* ermöglichen. Die *ABS* könnte hier z.B. schon freiwillig eine Vorreiter-Rolle übernehmen. Dies wäre auch ein Ausbau des *Service Public*.

c. Schliesslich werden die digitale *Blockchain-Technologie* und ‚alternative‘ Zahlungsmittel auch die bisherigen Finanztransaktionen grundlegend verändern.

d. Die SNB könnte die gesetzlichen Mindestreserven auf 90 oder 100 Prozent anheben (heute nur 2.5 Prozent, in der EU nur 1%!).

Punkt a und b wären auch ergänzend zum Vollgeld sinnvoll, sind aber in der Initiative aus formellen nicht enthalten.

Geldmengen, Geldtheorien und Geldreformen

Das ‚Sozial und geisteswissenschaftliche Journal‘ (redaktion@berlinerdebatte.de) veröffentlichte 2016 aus seinem Kreis von kritisch-alternativen Fachleuten u.a. den kritischen Beitrag von *Ulrich Busch* ‚*Vollgeld – Geld der Zukunft oder monetäres Experiment à la John Law?*‘ Dieser Titel ist verwirrend, da beide *Reformen* zu andern Zeiten und mit andern Konzepten geschaffen wurden. Die einleitenden, allgemeinen Ausführungen von Busch zur Geldordnung und –theorie der historischen Geldreformen halten wir für zutreffend und relevant; die negativen Schlussfolgerungen nicht. Seine Kritik an den traditionellen Geldschöpfungstheorien bzw. der Zentralbanken bestätigt indirekt die Notwendigkeit von radikalen Geldreformen. Da die *Geldmengen-Statistiken* weltweit aber sehr unterschiedlich sind, bestehen nur folgende *relativ schwankende, bzw. global vermutete Angaben*:

Schätzungen Geldmengen per Ende 2016 in gerundeten **Milliarden \$** (zu fiktiven Pari-Kursen)

	SNB	EZB	FED	Welt
Mo	77	-	3'700	-
M1	592	7'200	3'400	-
M2	942	10'700	13'300	-
M3	993	11'400	19 – 28 Bio.	72'000 (= 72.Billionen \$)

Nach *Markt-Meinungen* steuert v.a. die EZB ihre Geldpolitik über das so genannte ‚*totale Kapitalgeld*‘.

Die **effektive Erfassung der relevanten Geldmenge M1** auf Banken- bzw. auf Zentralbanken-Geld kann statistisch weltweit nicht ermittelt werden. Nach Vollgeld-Konzept sind jedenfalls für die Schweiz über 85% der sich im Umlauf befindlichen Giralgelder von Banken erzeugtes **Kreditgeld** (vgl. auch SNB: *Geldpolitische Lagebeurteilung und Bericht zur Finanzstabilität vom 15. Juni 2017*, www.snb.ch)

Die für die Vollgeld-Diskussion systemisch, d.h. betr. **Geldschöpfung**, relevante Frage beurteilt sich je nach **Geld-Theorie** unterschiedlich. Die bisher vorherrschende **Currency-Theorie** sieht die dominante Geldschöpfung bei den **Zentralbanken**. Das von den **Banken** geschaffene **Kreditgeld** sei nur eine abgeleitete und begrenzte Grösse. Diese Bewertung prägte auch die bisher herrschende *Lehrbuchmeinung*. Seit der letzten Finanzkrise wurde diese Ansicht auch durch die riesigen von den Zentralbanken neu geschaffenen Geldmengen bestärkt und in den Medien (z.B. der NZZ) auch so beschrieben. Heute berichten aber auch andere Wirtschaftskommentatoren zunehmend von einer **Irrationalität** in der **Geldpolitik** der **Notenbanker**, welche seit 2008 weltweit etwa 11 Billionen \$ in die Rettung von Banken und Volkswirtschaften investierten (NZZ 9.1.2017).

Die klassische **Quantitätstheorie des Geldes** nimmt - unter bestimmten Voraussetzungen - eine kausale Abhängigkeit des Preisniveaus von der Geldmenge an, d.h. dass die Geldmenge in einem Jahr dem durch Geldpreise bewerteten Güter- und Dienstleistungshandel (mal die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes) entspricht. Sie steht somit im Zentrum des **Monetarismus**, der auch die Politik der Zentralbanken prägte.

Die Vollgeld-Initianten stützen sich mehrheitlich – jedoch unausgesprochen - auf einen immer noch monetaristischen Mainstream, wonach die Nationalbank mit der Geldmenge M1 über diese Geldpolitik die volkswirtschaftliche Preisbildung prägen könne. Da die Preisstabilität aber noch von anderen Faktoren abhängt, ist hier die Wirkung des Vollgeldes fraglich.

Da **Buchgeld-Schöpfung und Zentralbank-Politik** heute noch weitgehend dominant sind, sehen wir im Konzept der VGI einen von mehreren **politischen Ansätzen** zur **Reform unserer Geldpolitik** und zur **Machtreduktion der Finanz-Institute**. Als positiven Nebeneffekt der Initiative sehen wir auch eine gewisse Mobilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit.

Eine **IWF-Studie** schätzte schon Ende 2015 **weltweit die Schulden** von privaten Haushalten, Unternehmen (ohne Banken und Versicherungen!) und Staaten auf **152 Billionen \$**. Heutige Schätzungen (2017) beziffern **alle Schulden global** auf ca. **230 Billionen \$** bei einer **Geldmenge von 72 Bio. \$**.

K Zur Kritik des Vollgeldkonzepts

Selbstverständlich kann und will eine nationale Geldreform weder eine ‚Generallösung‘ noch ein ‚Allheilmittel‘ für alle ungelösten Geldprobleme sein. Sie kann auch keine Garantie für eine absolute Sicherheit geben und belässt auch aus formaljuristischen Gründen der ‚Einheit der Materie‘ die undemokratische Geldpolitik (vorläufig) beim heutigen Dreier-Direktorium der Schweizerischen Nationalbank SNB. Die Schweiz kann als Staat auch keine verbindlichen Finanzregeln für das Ausland wie die EU oder die USA erlassen. Jedenfalls hätte eine Vollgeld-Reform in der reichen, finanzmächtigen und international orientierten Schweiz auch eine Vorbild- und Testwirkung für andere OECD-Länder wie insbesondere bei unseren Nachbarn und Wirtschaftspartnern.

Was sind nun die meist diskutierten **Schwächen bzw. Stärken der Vollgeld-Initiative (VGI)**? Einigkeit besteht in der Beurteilung der *weltweiten Finanz-Unordnung und politischen Uneinigkeit*. Das Vollgeld-Konzept sei eine ‚originelle‘ aber bisher ‚unerprobte Variante chartalistischen Denkens*‘. Diesen trivialen Einwand betonen alle VGI-Gegner. Logischerweise ist eine Neuordnung immer ‚unerprobt‘, aber nicht wie die VGI auch wirklich originell, d.h. eigenartig und geistreich. Die bewusst ‚chartalistisch‘ orientierte Initiative stützt sich auf ein Geldverständnis, wonach *Geld ein öffentliches Gut* sein soll, d.h. der Staat schafft somit konsequenterweise allein die gesetzliche Geldmenge. Alle anderen Geld-Arten wie *Bitcoin oder Regionalwährungen* müssen letztlich in Rechtsfällen immer in eine gesetzliche allein gültige Währung umgetauscht werden, bzw. mit dem gesetzlichen Geld, z.B. den Franken, abgesichert sein. (vgl. z.B. ‚Reale Risiken‘ in *Handels Zeitung* Nr. 1/2017, S.4).

Die Vollgeld-Initiative (VGI) **trennt bewusst die Geldschöpfung von der Kreditvergabe** und will die **Geldschöpfungsgewinne**, die sog. *Seigniorage*, der Öffentlichkeit, bzw. allenfalls direkt den Bürgern zukommen lassen. Über deren Höhe lässt sich streiten, nicht aber über deren Wirkung. *Ulrich Busch* kritisiert z.B., dass die *Zentralbank (= Nationalbank SNB)* ihre ‚Unabhängigkeit‘ verliere. Das heutige Direktorium der SNB wird aber vom Bundesrat auf Vorschlag des politisch zusammengesetzten Bankrats gewählt. Analog wird das EZB-Direktorium vom EZB-Rat und dieser von den nationalen Regierungen gewählt. Konsequenterweise sind diese Zentralbanker *faktisch alle Interessenvertreter*. Man schaue sich dabei nur z.B. die *ZDF- ‚Fakten-Check‘-Sendungen ‚Die Anstalt‘* der vergangenen Jahre zum Thema EZB an (auch in ‚*Die Volkswirtschaft*‘ Nr. 12/16 verwechseln die Autoren Geld und Kredit).

Zutreffend ist die Kritik an der prozyklischen Kreditvergabe der Banken. Diese Praxis gilt aber schon heute; sie könnte und sollte aber mit der Vollgeld-Initiative durch eine antizyklische Geldpolitik der Nationalbank (SNB) ausgeglichen werden. Ob das die künftige Leitung (möglichst eine ‚Monetative‘ als 4. Gewalt) auch tun wird, steht erst nach der kommenden Abstimmung zur Diskussion..

So bleibt auch sehr unsicher, wie die **bürgerliche Parlamentsmehrheit** die VGI umsetzen würde. Die abschliessende Empfehlung von *Busch* oder anderen, wohlmeinenden Kritikern wie *Mathias Binswanger*, man möge doch - bei aller Rationalität des konzeptionellen Vollgeld-Ansatzes - *nur schrittweise vorgehen*, bzw. zuerst einmal nach *Basel III* das *Eigenkapital massiv erhöhen*, erscheint uns aus langjähriger Politerfahrung jedenfalls recht naiv. So wurden bisher auch alle parlamentarischen Vorstösse zu wirkungsvollen Geld- und Fiskalreformen als ‚unnötig‘ abgeblockt.

Zur Veränderung der *Geld-Kapital dominierten Ordnung* brauchten wir zwingend auch neue **Medien**, welche wirkliche, radikale **Aufklärungs-Prozesse** permanent unterstützten. So dürften aufgeklärte, soziale StimmbürgerInnen hoffentlich auch in Geldreformen - wie beim *Proportional-Wahlrecht*, der *Sozial- und Altersversicherung* oder dem *Frauenstimmrecht* – vermutlich erst in einer 2. oder 3. Abstimmung - die notwendigen Volks- und Stände- **Mehrheiten gewinnen**.

Schlussfolgerungen

Der 1996 verstorbene *Postkeynesianer Hyman P. Minsky* erhielt mit der Bankenkrise 2007/08 eine verdiente Bestätigung seiner in den 1990er-Jahren publizierten **Krisentheorie**, wonach Investoren zu Beginn eines Konjunktur-Zyklus zunächst eine abgesicherte Finanzierung anstreben. Ihre Einnahmen reichen aus, um die Kredite zurückzuzahlen. Wenn dann das Wirtschaftswachstum als stabil eingeschätzt wird, erscheint eine spekulative Finanzierung rentabler. Ihre Einnahmen reichen nur noch für die zu leistenden Zinsen der Kredite aus. Die Kredite selbst, werden durch neu aufgenommene Kredite ersetzt. Schliesslich schlittern sie in ein Schneeballsystem, das sog. *Minsky-Ponzi scheme*‘. Hier werden sogar zur Finanzierung der Zinslast Kredite aufgenommen, bis es zum Platzen der Finanzblase und einer Finanzkrise kommt (Gerald Braunberger, *Keynes für jedermann*, FAZ-Verlag, 2009, 222ff.).

Nach der **Finanzkrise** formulierten Wissenschaftler die Begriffe wie *Minsky-Paradoxon*, *Minsky-Moment* bzw. *Minsky-Kollaps* und bezeichneten damit die Folgen von 2007/08 an den weltweiten Börsen. Minsky vertrat die Auffassung, dass die **Finanzierungsprozesse** einer kapitalistischen Ökonomie *endogene instabile Kräfte* entwickle, welche *systembedingt zu ruinösen Konsequenzen*

führe. Diese Thesen widersprechen der klassischen bzw. neoklassischen Lehre, wonach die Märkte automatisch zu einem Gleichgewicht tendieren.

Die letzte Finanzkrise bestätigte *Minskys Financial Instability Hypothesis (FIH)* sowie seine Überlegungen zum ‚*Money Manager Capitalism*‘, wonach die Dominanz von institutionellen Anlegern, die Entwicklung von sog. *Finanzinnovationen* und die zunehmende Globalisierung a l l e *Finanz-Manager* dazu zwingt, diesen ‚*Marktesetzen*‘ zu folgen (*money maker*).

Es heisst deshalb auch ‚*Geld bestimmt Politik und Gesellschaft*‘. Doch woher kommt das Geld und wer schafft dieses Geld? Damit schliesst sich der Kreis um die *Antwort auf die Frage nach der Notwendigkeit einer staatlich kontrollierten Geldpolitik und Geldschöpfung bzw. Geldmenge*.

Da Unternehmen von Banken *weitgehend aus dem Nichts geschaffenes Geld* als ungesicherte Kredite erhalten, entstehen zwingend Schulden, welche kaum oder nicht mehr rückzahlbar sind. *Vollgeld wäre eines der Mittel*, das künftig solche Finanzialisierungs-Konstrukte verhindern bzw. mindestens stark reduzieren könnte.

Denken heisst, Grenzen überschreiten und erkennen. Zur Verbreitung solcher Erkenntnisse möchten auch diese Überlegungen von *Denknetz-Diskussionen* beitragen. Nur wer etwas gründlich überlegt und analysiert hat, kann daraus auch die notwendigen **politischen Schlussfolgerungen** ziehen. In diesem Zusammenhang lohnt sich auch eine offene, undogmatische, fächerübergreifende Beurteilung und **Einordnung** der Vollgeld-Initiative (VGI) in die gleichzeitige, aktuelle **Demokratie-Diskussion***.

(Siehe *: *25 DN-Thesen zur Demokratisierung der Wirtschaft vom 28.9.2016*, *Thesen 15 + 23*, welche am *Reclaim Democracy Kongress* vom 2. – 4. Februar an der Uni Basel vertieft diskutiert wurden).

Der aktuelle, finanzdominierte und globalisierte Kapitalismus kann mit einer nationalen, thematisch beschränkten Volksinitiative sicher nicht überwunden, wohl aber erweitert thematisiert und auch gezielt und sinnvoll korrigiert werden, was v.a. auch einer langfristigen Finanz- und Steuerpolitik diene..

Im 20. Jh. prägte lange Zeit der *Keynesianismus* die Wirtschaftspolitik vieler OECD-Staaten. Der dann folgende *Monetarismus* führte primär in angelsächsischen Ländern zu einem *Paradigmawechsel* in Theorie und Praxis der **Konjunktur- und Geldpolitik**. Heute scheint u.U. eine **gezielte Kombination** beider Strategien unter Berücksichtigung von *Minsky Krisentheorie* zielführender; wobei u.E. eine demokratische, nachhaltige, koordinierte **Finanz- und Steuerpolitik** auch in einer finanzierten, globalisierten Welt mehr Einfluss bekommen muss, wenn wir nicht wieder blind oder ungläubig in die nächste Krise segeln wollen.

Die politische Linke sollte sich deshalb endlich vertieft in die Grundfragen der Geldtheorie und Politik einarbeiten. Die Vollgeld-Initiative bietet dazu eine ideale Plattform, die zudem von Fachleuten interdisziplinär erarbeitet wurde.

Ungeklärt bleiben die verteilungspolitischen Auswirkungen der VGI. Obwohl die weltweite Umverteilung als Ursache der Krise 2008 und der aktuellen Krisen mindestens so wichtig ist wie die mangelnde Kontrollierbarkeit der Geldmenge und der Finanzmärkte, fehlt der Verteilungsaspekt bereits in der Analyse der VGI-Befürworter fast gänzlich. Aber auch die verteilungspolitischen Auswirkungen wurden nicht thematisiert. Wie oben festgestellt, würde durch die VGI mit den Geldschöpfungsgewinnen eine wichtige Einnahmequelle der Finanzinstitute wegfallen und der Öffentlichkeit zugute kommen. Die politisch zentrale Frage ist allerdings, was die SNB bzw. der Staat dann damit macht: Care-, Bildungs-, Infrastruktur-Aufgaben finanzieren oder die Steuern senken?

Linke Kritiker befürchten, dass es durch das Vollgeld eher zu einer Kreditverknappung käme und dies in einer weiteren Krise z.B. die Bekämpfung einer Deflation erschweren würde. Diese hätte dann eine unerwünschte Verteilungswirkung. Auch dieser Effekt bleibt vom politischen Willen bzw. der politische Zusammensetzung von Regierung und SNB abhängig.

Ausgewählte Literatur und Medien-Kommentare zur Vollgeld-Initiative

Die vom Verein *Monetäre Modernisierung* publizierte Homepage www.vollgeld-initiative.ch/fragen bietet eine *umfassende Hintergrund-Information* zu allen umstrittenen Fragen sowie einen Presse-Spiegel seit der Lancierung der Initiative im Juni 2014 (www.vollgeld-initiative.ch/pressespiegel).

a) Literatur-Auswahl zu Finanzkrisen, Geldtheorien & Vollgeldreform

- Botschaft des Bundesrates vom 9.11.2016 zur Vollgeld-Initiative, Bern, Bundesblatt BBl. 2016
- Ulrich Busch, Die Welt des Geldes, 10 Essays zur monetären Ökonomie, WeltTrends, Berlin 2016
- Mohamed A. El-Erian, Aufstieg und Fall der Zentralbanken, Finanzbuchverlag, München 2016/17
- Paul Schreyer; Wer regiert das Geld? Banken, Demokratie und Täuschung; Westend, Berlin 2016
- Mathias Binswanger, Geld aus dem Nichts, Wiley-VCH-Verlag, Weinheim 2015
- Christoph Pfluger, Das nächste Geld, edition ZEITPUNKT, Solothurn 2015
- Christoph Türcke, Mehr! Philosophie des Geldes, Verlag C.H. Beck, München 2015
- Widerspruch 66, Finanzmacht – Geldpolitik: Macht der Nationalbank, Rotpunkt, Zürich 2015
- Marc Chesney, Vom Grossen Krieg zur permanenten Krise, Versus Verlag, Zürich 2014
- Thomas Mayer / Roman Huber, Vollgeld. Unser Weg aus der Finanzkrise, Tectum, Marburg 2014
- Christian Felber, Geld, Die neuen Spielregeln, Deuticke-Verlag, Wien 2014
- Admati / Hellwig, Des Bankers neue Kleider, FBV-Verlag, München 2014
- Joseph Huber, Monetäre Modernisierung, metropolis-verlag, 3.A., Marburg 2013
- Christian Chavagneux, Kleine Geschichte der Finanzkrisen, Rotpunktverlag, Zürich 2013
- Bernd Lietar u.a., Geld und Nachhaltigkeit, Bericht des Club of Rome, Europa-Verlag, Berlin 2013
- Verein Monetäre Modernisierung, Die Vollgeldreform, Edition Zeitpunkt, 3.A., Solothurn 2013
- Heiner Flassbeck, Handelt jetzt! Das globale Manifest zur Rettung der Wirtschaft, Westend, 2013
- Helge Peukert, Die grosse Finanzmarkt- + Staatsschuldenkrise, metropolis, 4.A., Marburg 2012
- David Graeber, Schulden: Die ersten 500 Jahre, Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart 2012 (neu TB)
- Horst Seiffert, Geldschöpfung, Die verborgene Macht der Banken, Eigenverlag, Nauen (D) 2012
- Hans Baumann, Beat Ringger (Hrsg.), Richtig Steuern, Denknetz, edition 8, Zürich 2011
- Schweizerische Nationalbank, diverse Geld-Broschüren, Eigenverlag, Zürich/Bern 2010 ff.
- Peter Hablützel, Die Banken und ihre Schweiz, Perspektiven einer Krise, Conzett/Oesch, 2010
- Niall Ferguson, Der Aufstieg des Geldes, Die Währung der Geschichte, Econ Verlag, Berlin 2008
- Hans Christoph Binswanger, Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination, metropolis 2006

b) Ausgewählte neuere geldrelevante Medien-Beiträge (Stand Juni 2017)

- cri., Wetten auf den Franken bringen wenig: Viele Wechselkurs auf Gleichgewichtskurs NZZ 23.6.
- Michael Rasch, Warum die Bundesbank im EZB-Rat keinen Stich macht. Monetaristen NZZ 22.6.
- Hansueli Schöchli, Informationsaustausch: Hohe Anforderungen an Schweizer Glaube NZZ 17.6.
- Daniel Lampart, Weniger Lohn wegen des aufgeblähten Frankens work, 16.6.
- tp/uh, SNB Stabilitätsbericht 2016: Hypothekarmarkt-Ungleichgewichte etwas verringert awp 15.6.
- Michael Ferber, Aufkeimende Hoffnung an den Finanzmärkten auf Reformen in Europa NZZ 15.6.

- W. Niederberger, Yellen drängt Trump zu Entscheiden und hält die Notenbank auf Kurs TA 15.6.
- M. Rasch, Folgen der EZB-Geldpolitik: Kunden und Personal von Banken bluten Reflexe NZZ 13.6.
- Th. Fuster, SNB-Bilanz weckt Begehrlichkeiten: Forderungen nach einem Staatsfonds NZZ 13.6.
- St. Eiselin, Neue Pläne für einen Staatsfonds der Schweizerischen Nationalbank SNB TA 12.6.
- Hansueli Schöchli, Alle müssen Kröten schlucken: Umstrittene Eckpunkte der USR IV NZZ 2.6.
- R. Harringer, Vollgeld ist klar und transparent: Staat braucht Hoheit über Zahlungsmittel NZZ 24.5.
- Vollgeld: Schuldfreie Herstellung von neuem Geld im Interesse der Allgemeinheit WoZ 19.5. Bernd Senf, ‚Monetative‘ als 4. Gewalt für Geldschöpfung nur öffentliche Institutionen Sputnik 15.05. G.V. Müller, Sollen Fintech-Firmen Zugang zur SNB erhalten? Vernehmlassung umstritten NZZ 13.5.
- E. Baltensberger/J. Baumberger, Irreführende Vollgeld-Rhetorik: Gratis-Geld gibt es nicht NZZ 12.5.
- C. Aebersold-Szalay, ‚Basel‘ wartet auf Trump: Einigung zu Banken-Modellrechnung? NZZ 6.5.
- Werner Kallenberger, Geld, Schulden und Reformen: Überlegungen zu Geldreformen P.S. 5.5.
- Tobias Guldemann, Bankenregulierung: mit Basler Risiken und Nebenwirkungen; Eigenkap. NZZ 18.3.
- David Gallusser, Globalisierung Weltweit: Der Hauptgewinn geht an das reichste Prozent work 17.3.
- M. Heise, Geldpolitik ist keine Vollkaskoversicherung: Unklare Wirkung der Zentralbanken NZZ 15.3.
- ARD-Film, Die grosse Geldflut – Wie Reiche immer reicher werden, Kommentar von W.K P.S. 1.3.
- M. Rasch, Bundesbank sieht Vermengung von Geld- und Fiskalpolitik: DB-Gewinneinbruch NZZ 24.2.
- H. Schöchli, Bundesrat will Einlegerschutz ausbauen durch Verpfändung von Wertpapieren NZZ 16.2.

Anmerkungen

Die **finanz- und börsenpolitischen Möglichkeiten der Vollgeld-Initiative** (nach Abs. 4 der VGI) bleiben hier **unkommentiert**, da die Initianten in ihrer Kampagne zur ‚*Komplexitätsreduktion*‘ bisher dazu keine konkreteren Aussagen wagten. Das sollte in der heissen Abstimmungsphase unbedingt noch nachgeholt werden, da diese Themen die Stimmbürger stärker interessieren und betreffen als die relativ theoretischen Argumente zur Geldschöpfung (Seigniorage).

Die **Ausführungsgesetze** zu diesen ‚offenen‘ Forderungen‘ werden leider auch mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht so ausfallen, wie die Initianten sich dies wünschten (vgl. Medienberichte). Da aber eine *Gesetzes-Initiative* auf Bundesebene fehlt, bleibt z.Zt. nur die Hoffnung auf ein neues fortschrittlicheres Parlament, bzw. die zynische Vermutung einer bald kommenden neuen Banken- und Börsenkrise.

Diese würde allerdings wieder vorwiegend die 99% ‚Durchschnittsbürger‘ und nicht das *eine Prozent der Multi-Millionäre und Milliardäre* treffen, welche weiter mit ihren arbeitslosen Zinsen oder nur aus Zinseszinsen *gut leben können*.

Zwei weitere hängige bzw. geplante Finanz-/Steuer-Initiativen:

‚*Löhne entlasten, Kapitalgewinne besteuern*‘, z.Zt. bei Bundeskanzlei, von Juso-Schweiz; will mit einem Faktor von 1.5 bisher unversteuerte Kapitalgewinne mit einem Zuschlag von 150% besteuern. ‚*Mikro-Transaktions-Steuer*‘, Gruppe um Bankenprof. Marc Chesney will auf allen Finanztransaktionen eine Steuer von maximal 0.1 Promille erheben (Lancierung wahrscheinlich erst 2018). Beide Initiativen würden jährlich (neben der Vollgeldreform) je etwa 10 Milliarden CHF einbringen.